Nr. 49. + 32. Jahrgang. Berlin, 6. Dezember 1924

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Die Macht des Proletariats.

Ein Kapitel aus der Praxis.

F. L. Ein jedes Recht schwebt solange in der Luft, wie es nicht auf einer Macht beruht, die imstande ist, den Rechtsanspruch durchzusetzen. Auch die berechtigste Forderung muß unerfüllt bleiben, wenn nicht die erforderliche Macht dahinter steht. Darum ist jeder Kampf ums Recht in Wirklichkeit ein Kampf um die Macht. Auch das Proletariat, das sein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein geltend macht, das den Aufstieg der Unterschichten aus körperlichem und geistigem Elend als sein gutes Recht hinstellt, wird nur dann sein Ziel erreichen, wenn es über die nötige Macht verfügt, wenn es bestimmenden Einfluß gewonnen hat auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Neugestaltung unserer Verhältnisse in der Richtung zum demokratischen Sozialismus kann sich nur unter der Mitwirkung eines machtvollen Proletariats vollziehen: die Befreiung des Proletariats kann nur das ureigenste Werk des Proletariats selbst sein. Daher ist die proletarische Macht eine Vorbedingung der sozialistischen Zukunftsgemeinschaft.

Worauf beruht die Macht des Proletariats? — das ist die Kernfrage, von deren richtiger Beantwortung die Taktik des Proletariats im Klassenkampfe abhängt. Hier sind oberflächliche Leute, die die Sache rein äußerlich betrachten, schnell bei der Hand mit der Antwort, daß die Macht des Proletariats auf der Gewalt, auf der rohen Kraft der Fäuste, auf Bomben, Handgranaten und Kanonen beruhe. Diese Meinung ist durchaus irrig, sie ist der fundamentalste, verhängnisvollste Irrtum, der in Menschenhirnen entstanden ist. In Wahrheit hat die Macht mit der Gewalt gar nichts zu tun, je größer die Macht eines Menschen oder einer Gruppe ist, desto weniger Gewalt braucht angewendet zu werden. Die Gewaltanwendung beweist ja gerade die Ohnmacht dessen, der die Gewalt anwendet; mit Hilfe der Gewalt kann man wohl durch Überrumpelung zeitweilig eine Gewaltherrschaft aufrichten, aber sie bricht über kurz oder lang zusammen, weil jegliche Gewalt eine Gegengewalt hervorruft. Alle Gewaltherrschaften der Welt sind zusammengebrochen, nur die auf eine wirkliche Macht gegründete Herrschaft hat Bestand gehabt.

Die Sozialgeschichte erzählt von zahllosen Gewaltkämpfen, die die Unterschichten um Recht und Freiheit und Brot geführt haben, die aber alle erfolglos geblieben sind. Im Altertum und im Mittelalter bis in die neue Zeit hinein stand den Unterdrückten und Entrechteten kein anderes Kampfmittel zur Verfügung als die Gewalt. Die Massen waren unaufgeklärt, unorganisiert, ungeschult, also in jeder Beziehung rückständig, weshalb ihnen nichts anderes übrig blieb, als mit Gewalt ihr Recht zu suchen. Niemals und nirgends ist ihnen dies gelungen. Es sei erinnert an die Proletarieraufstände und Sklavenkriege im altrömischen Weltreiche, an die Bauernbewegungen in Deutschland, Frankreich, England und Ungarn am Ausgange des Mittelalters, an die Weberaufstände in Schlesien und die Kämpfe der Chartisten in England. Die proletarischen Kämpfer haben mit bewunderungswürdigem Mut und mit Aufbietung all ihrer Kräfte um ihre Freiheit gerungen, aber sie waren machtlos gegenüber der Gewalt der Herren. Darum haben sich die denkenden Proletarier von der Gewalttaktik abgewandt und zu den Waffen des Rechts und des Geistes gegriffen. Von dieser Zeit an beobachten wir einen allmählichen Aufstieg der proletarischen Schichten. Darum ist die Gewalttaktik der Kommunisten weiter nichts als ein Rückfall in längst überlebte, wirkungslose Kampfesmethoden.

Die Macht eines Menschen oder einer Klasse beruht zunächst auf wirtschaftlichen Faktoren. Man weiß, welchen Einfluß ein Großkapitalist oder Großagrarier infolge seiner wirtschaftlichen Macht auf seine Mitmenschen auszuüben vermag. Die Kapitalistenklasse hat die wirtschaftlichen Machtmittel in Händen, weshalb sie imstande ist, das Wirtschaftsleben und auch das politische Leben zu beherrschen. Der Geldsack herrscht in Wirtschaft und Gesellschaft, in Staat und Gemeinde, in den Parlamenten und den Behörden, er beherrscht auch mit Hilfe einer feilen Presse die öffentliche Meinung. Soll diese Herrschaft gebrochen werden, so muß sich das Proletariat eine wirtschaftliche Macht erringen, die der des Kapitalismus ebenbürtig ist. Hierzu ist die Möglichkeit vorhanden: In den Gewerkschaften müssen sich Proletarier und Proletarierinnen, Hand- und Kopfarbeiter, zu einer Einheitsfront zusammenschließen, um ihre Arbeitskraft besser zu verwerten, in den Genossenschaften müssen die Verbraucher ihre Kaufkraft und Kapitalkraft zusammenfassen, um die Preise zu beeinflussen und das Wucherertum im Schach zu halten, durch ihre politische Organisation müssen die Besitzer der Arbeitskraft Einfluß gewinnen auf Gesetzgebung und Verwaltung, um dem Kapitalismus die Giftzähne auszubrechen.

Sodann beruht die Macht auf geistigen Faktoren. „Wissen ist Macht!“ hat Wilhelm Liebknecht schon vor Jahrzehnten gesagt, und tatsächlich verleiht Wissen und Bildung eine geistige Macht, die stärker ist als alle Gewalt. Diese Wahrheit hat sogar der Kaiser Napoleon I. erkannt, der große Gewaltmensch, der seine Weltherrschaft auf Heere, Kanonen und Gewehre gründen wollte, aber jämmerlich Schiffbruch erlitt. Als er das Ende seines Lebens in der Gefangenschaft auf der Felseninsel St. Helena verbringen mußte, schrieb er seine Erinnerungen nieder, in denen der Satz steht: „Es gibt nur zwei Mächte in der Welt, den Säbel und den Geist, bis jetzt hat aber der Geist noch immer den Säbel besiegt.“ Darum muß das Proletariat die geistigen Waffen gebrauchen, die Marx und Engels, Lassalle, Bebel, Liebknecht und die anderen großen Führer geschmiedet haben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zu wissenden, denkenden Menschen herangebildet werden, sie müssen die Gegenwart verstehen lernen und auch die Vergangenheit kennen, weil sich aus Vergangenheit und Gegenwart die Zukunft aufbaut. Diese Notwendigkeit hat die moderne Arbeiterbewegung von jeher erkannt, sie hat durch Vorträge und Unterrichtskurse, durch Flugblätter, Zeitungen und Broschüren Aufklärung geschaffen und Bildung in die Massen getragen. Sie will nicht kämpfen mit dem „Rüstzeug der Barbaren“, sondern mit dem „Schwert des Geistes“ unter dem „Banner des Rechts“, um den „Unverstand der Massen“, dieses stärkste Bollwerk der Reaktion und der Ausbeutung, zu überwinden. Erst dann, wenn das deutsche Proletariat in geistig-kultureller Beziehung dem Bürgertum ebenbürtig geworden ist, wird es eine Macht geworden sein, mit der die Gegner zu rechnen haben.

Auch auf sittlichem Gebiete muß das Proletariat eine Macht werden. Man beobachte nur, welche sittliche Macht ein großer Mensch, wie Christus, Buddha, Zarathustra, auf die Herzen und Gemüter seiner Zeitgenossen und auf die späteren Geschlechter ausübt. Auch im Proletariat müssen die sittlichen Kräfte entfesselt werden: Solidarismus, Gerechtigkeit und Menschenliebe sollen unser Tun und Lassen beeinflussen, nicht mehr die gegenseitige Zerfleischung soll der Menschheit den Stempel aufdrücken, die gegenseitige Unterstützung in allen Wechselfällen des Lebens soll der Leitstern unseres Handelns sein. Sodann soll die Arbeit eine Ehre und eine Würde verleihen, das Klassenbewußtsein und das proletarische Selbstbewußtsein muß in den Massen geweckt und gepflegt werden, damit Sklavensinn und Hundedemut, Unterwürfigkeit und Selbstentwürdigung verschwinden. Auch der einfachste Arbeiter muß sich seines Wertes und seiner Bedeutung bewußt werden, er muß Anspruch erheben auf die soziale Gleichwertung, auf Ehre, Achtung und Menschenwürde. Wieviel Erziehungsarbeit auf diesem Gebiete noch zu leisten ist, braucht einem Kenner nicht erst gesagt zu werden.

Wenn das Proletariat sich aus den Fesseln des Kapitals befreien will, muß es auch die politische Macht erobern. Mit Hilfe des Koalitions-, Versammlungs- und Wahlrechts vermag es einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen in Staat und Gemeinde, in der Gesetzgebung und der Verwaltung, in den Parlamenten und den Behörden. Solange das industrielle und agrarische Kapital die politische Maschinerie in der Hand hat, solange es das Zoll-, Steuer- und Finanzwesen zu seinem Vorteil ausnutzt, solange es imstande ist, die Sozialpolitik, den Arbeiterschutz und das Arbeitsrecht zu verschofeln, solange kann von einer politischen Macht des Proletariats keine Rede sein. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit, daß die Massen der Wähler und Wählerinnen von ihren politischen Rechten und Freiheiten den richtigen Gebrauch machen. Im Zeitalter der Demokratie und des gleichen Wahlrechts kommt es wesentlich darauf an, daß sich die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen nicht von Gefühlen und Stimmungen beeinflussen lassen, sondern daß sie ihren Verstand zu Rate ziehen. Wählen ist eine Leistung des Verstandes, wählen heißt: prüfen, beobachten, untersuchen, vergleichen, abwägen, überlegen, nachdenken und dann entscheiden. Mißstimmung und Unzufriedenheit, Verärgerung und Enttäuschung, dürfen das klare Urteil nicht trüben, die Vernunft muß den Ausschlag geben. Daraus ergibt sich die Erziehung zur Demokratie als eine unabweisbare Notwendigkeit, daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die denkenden, selbstbewußten Proletarier die Diktatur von links oder von rechts rundweg ablehnen, weil sie ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung nicht preisgeben wollen. Sie haben keine Lust, sich der Willkür unverantwortlicher Elemente zu unterwerfen, die infolge ihres Mauls und ihrer starken Fäuste sich die Diktatur anmaßen, sie wollen vielmehr die Gestaltung ihrer Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Endlich muß noch auf die organisatorische Macht des Proletariats hingewiesen werden. Die Organisation, der Zusammenschluß gleichdenkender, gleichwollender und gleichstrebender Menschen zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles, ist eine starke Waffe im Kampfe um den Aufstieg des Proletariats. Sie liegt in der menschlichen Natur begründet. Weil die Kraft des einzelnen nicht ausreicht, werden die Millionen von Einzelkräften zu einer Massenkraft zusammengeschweißt und auf ein gemeinsames Ziel gerichtet. Je einheitlicher und geschlossener eine Organisation ist, je fester die Mitglieder durch Solidarismus und Disziplin unter sich verbunden sind, je größer die ideellen und materiellen Hilfsmittel sind, über die sie verfügt, desto größer ist ihre Macht. Darum fort mit aller Zersplitterung und aller Verzettelung der Kräfte, die das Proletariat zur Ohnmacht verurteilt, her mit der proletarischen Einheitsfront, in der kein Platz ist für Quertreiber und Zellenbauer, in der die Männer der positiven Arbeit den Kurs angeben.

Wenn das deutsche Proletariat als eine wirtschaftliche, geistige, sittliche, politische und organisatorische Macht dasteht — das ist doch der Herzenswunsch aller ehrlichen Menschen —, so wird es keine Macht der Erde mehr geben, die es wagt, Widerstand zu leisten. Dann werden sich die Gegner, die heute noch auf die Ohnmacht des Proletariats spekulieren, in die Mauselöcher verkriechen, und das machtvolle Proletariat wird seinen Willen durchsetzen, ohne Gewaltanwendung, ohne Putsche und Bürgerkriege. Diese Lösung der sozialen Frage ist doch sicher besser, als wenn der Weg in das soziale Neuland hindurchführt durch ein Meer von Blut und Tränen, durch Vernichtung und Zerstörung, über Berge von Leichen und Verwundeten. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch, der überzeugt ist, daß es ihm gelingen wird, seine eigene werte Person in Sicherheit zu bringen, wenn die Sache brenzlich wird, nur ein von Blutrausch besessener Barbar wird den blutigen Gewaltkampf entfachen, anstatt den Weg der Macht und des Rechts zu beschreiten. Also weg mit dem Gewaltwahnsinn, vorwärts zur Macht!

7. Dezember.

Winter rüttelt an dem Tor,
Sturmwind peitscht die Mauern.
Sieh dich um und sieh dich vor,
Harte Feinde lauern.
Nicht das Element allein
Ist dir wild verschworen:
Letzter Feind dringt würgend ein,
Wachst du nicht an Toren.

Arbeitstag und Arbeitsrecht
Wollen sie zertreten,
Und du sollst als ärmster Knecht
Molochsweise beten.
Stöhnend wirst du Riesenlast
Auf den Schultern tragen,
Wenn du es vergessen hast,
Götzen zu erschlagen.

Wäg' es, wenn du prüfend sinnst:
Dies sind Winterwahlen.
Was du heute nicht gewinnst,
Mußt du morgen zahlen.
Morgen wird kein warm Gewand
Frost der Glieder decken,
Und du magst die Bettlerhand
Nach Erbarmen strecken.

Arbeitsmann mit Geist und Hand,
Schlag dem Feind Verderben.
Freier Geist soll über Land
Freien Zeiten werben.
Richte dir den Winter ein,
Daß es Frühling werde.
Laß nicht ewig Winter sein
Deiner Arbeit Erde.

Franz Rothenfelder.

Handelsverträge und Zölle.

Grundsätzliches zur deutschen Handelspolitik.

Von Kurt Heinig (Berlin).

A. Die geschichtliche Situation.

Vor dem Weltkrieg bestanden zwischen dem Deutschen Reich und den meisten Staaten der Welt Handels- und Zollverträge. Sie beruhten sämtlich darauf, daß vertragsmäßige, also niedrigere Zollsätze als die Sätze des autonomen Tarifs, im gegenseitigen Handelsverkehr zur Anwendung kamen. Diese Verträge waren entweder Tarifverträge (sogenannte Reziprozitätsverträge — Gegenseitigkeitsverträge) oder Meistbegünstigungsverträge. Der Tarifvertrag bestimmt und benennt die einzelnen Zollvergünstigungen, der Meistbegünstigungsvertrag räumt ohne weiteres dem Kontrahenten jede Vergünstigung, die irgendeinem anderen Staate gewährt worden ist, automatisch mit ein.

Während der letzten Jahre vor dem Kriege genossen auf der Basis abgeschlossener Handelsverträge sämtliche europäische Staaten in ihrem Handel mit Deutschland Meistbegünstigung. Ebenso genoß Deutschland bei ihnen Meistbegünstigung. Das gleiche galt für die übrigen Welthandelsgroßstaaten. Der autonome — der nicht ermäßigte — Zolltarif betraf zumeist nur den Handelsverkehr mit exotischen, handelspolitisch für Deutschland nicht allzu bedeutenden Staaten, wie z. B. Mozambique, Angola, Afghanistan, Loando, Costarica usw., aber auch Arabien, Kanada, China, Kuba, Peru, Philippinen usw.

Mit dem Kriege zerbrachen viele Handelsverträge. So zuerst der 44 Jahre in Gültigkeit gewesene deutsch-französische Handelsvertrag, dann der mit Rußland, Serbien, Belgien, Großbritannien usw. An Stelle der Verträge mit Meistbegünstigungsklausel traten die Sätze des autonomen Zolltarifs, was allerdings praktisch bedeutungslos blieb, denn es wurde ja mit jenen Ländern nicht mehr gehandelt, sondern Krieg geführt. Mit den Vereinigten Staaten kam es erst nach deren Eintritt in den Weltkrieg zu jenem Zustand.

Für Getreide wurde eine Ausnahme gemacht, diese Zölle kamen völlig in Wegfall.

Nach dem Kriege wurde Deutschlands Handelspolitik im wesentlichen durch den Teil X, Abschnitt I des Diktats von Versailles bestimmt. Die Artikel 264 bis 266 geben den Ententestaaten bis zum 10. Januar 1925 ohne Gegenleistung die volle Meistbegünstigung.

Die mit unter dem Druck der Inflation entstandenen Versuche, auf dem Wege der Einfuhrverbote, Einfuhrlizenzen und Einfuhrkontingentierungen — ein Stück Planwirtschaft — Handelspolitik zu treiben, verfielen mit der Änderung des Kurses der deutschen Wirtschaftspolitik dem Abbau. An ihre Stelle traten die ersten Versuche der Wiederdurchsetzung der alten Handels- und Zollpolitik (zum Teil mit Hilfe der Ermächtigungsgesetze).

Je mehr sich der 10. Januar 1925 nähert, um so eifriger wird an der Wiederausgestaltung unserer Handelspolitik gearbeitet. Für die Unterhändler über die neu abzuschließenden Handelsverträge ist im Reichswirtschaftsrat ein neuer Zollkatalog, der sogenannte Entwurf einer „kleinen" Zollvorlage beraten worden. Wir stehen zurzeit vor dem Abschluß von Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Frankreich, Rußland, Belgien, England, Italien, Polen und Japan. Die Verträge mit den Vereinigten Staaten, mit Deutsch-Österreich und Spanien sind fertig, aber noch nicht ratifiziert (vom Reichstag noch nicht genehmigt). Mit der Schweiz ist ein Provisorium abgeschlossen worden.

*

B. Der Wandel im Wesen der Weltwirtschaft.

Die zehn Jahre von 1914 bis 1924 sind an der Weltwirtschaft äußerlich und innerlich nicht spurlos vorübergegangen.

Hier sollen nur die innerlichen Veränderungen der Weltwirtschaft erörtert werden. Deren Auswirkungen sind bekannt, ohne daß im besonderen in Deutschland immer die Ursachen erkannt wurden.

Wenn man die weltwirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege in wenigen Worten charakterisieren will, wird gesagt, Europa war die industrielle Werkstatt der Welt. Europa bezog Rohprodukte, Halbfabrikate und Nahrungsmittel aus allen Teilen der Erde, es lieferte seinen industriellen Überschuß nach allen Ländern. Daneben hatten sich ständig inniger werdende Verflechtungen der europäischen Wirtschaft entwickelt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die zweite industrielle Werkstatt der Welt, belieferten vorwiegend das eigene, gewaltige und aufnahmefähige Hinterland, dann auch die östliche Erdhälfte. Die Verflechtung war so weit fortgeschritten, daß z. B. die Ernte der ganzen Welt — es wird jeden Monat im Jahre irgendwo auf der Erde geerntet — ihren Überschuß nach Europa lieferte.

Im allgemeinen wanderten damals die Rohprodukte zu den Verarbeitungsstätten. Die Rationalisierung der Wirtschaft — der Hochofen rückte zum Erzbergwerk, die Elektrizitätszentrale zur Braunkohlengrube usw. — beschränkte sich im wesentlichen auf nationales Ausmaß. Deswegen wirkte sich die ganze Kraft der Wirtschafts-Weltorganisation in der Ausweitung und Durchbildung des Handels aus.

Drei Fünftel der Erdoberfläche sind Wasser, Weltmeer. Mit der Entwicklung Europas zur industriellen Werkstatt der Welt, mit der Zunahme seiner Rohstoff- und Nahrungsmittelbedürfnisse wuchs die Welthandelsschiffahrt, belebten sich die Meere.

Die Handelspolitik drängte zwar in der Richtung der Schutzzölle, aber diese verloren durch die allgemeine gegenseitige Meistbegünstigung viel von ihrer Schärfe.

*

Durch den Ausbruch des Weltkrieges wurde der Handelsverkehr und damit die Handelsschiffahrt Europas mit der übrigen Erde so gut wie völlig unterbunden. Die Schiffahrt der Neutralen wurde dann durch die fortgesetzte Ausdehnung des Begriffs Kriegskonterbande ständig weiter gedrosselt. An Ie Stelle des friedlichen Schiffsverkehrs traten die Kriegstransporte und der Unterseebootkrieg. Die europäische Industrie — ebenso wie mit zunehmender Kriegsdauer auch die amerikanische — schied als Lieferant industrieller Handelsprodukte aus der Weltwirtschaft aus. Sie blieben dagegen — zunehmend! — Rohstoff-, Halbfabrikate- und Nahrungsmittelabnehmer.

Weltwirtschaftlich gesehen war Europa während vier Jahren nicht mehr Produzent, sondern nur Konsument. Die nichteuropäische Welt erlebte eine vierjährige Hochkonjunktur.

Aus der Konjunktur der Nahrungsmittelerzeugung, der Rohstoffgewinnung und des Handels entwickelte sich — häufig mit staatlicher Subvention — die industrielle Produktion von Kriegsbedürfnissen. Und daraus entstand, unter dem Druck des Ausfalls der bisherigen industriellen Werkstatt der Welt, Europa, eine Entwicklung der industriellen Produktion zur Eigenbefriedigung.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Welt wuchs an. Es wurden Kupfer-, Zinn- und Erzlager aufgeschlossen, Kohlenbergwerke erweitert, industrielle Anlagen geschaffen. Die Schwierigkeiten des Transportes, das nackte Nützlichkeitsprinzip des Krieges, rückten die Fabriken an die Erzeugungsstätten des Rohmaterials, die Maschinen wanderten zum Rohprodukt!

In Europa wurde die Eigenproduktion — zu Kriegszwecken — riesenhaft gesteigert. Die Länder kehrten mehr oder weniger zum geschlossenen Handelsstaat zurück. Im besonderen Deutschland — als belagerte Festung mit einigem Vorfeld in eroberten und besetzten Gebieten — wurde gezwungen, sich selbst zu ernähren und seine Rüstung aus eigenen Rohstoffen herzustellen. An die Stelle mangelnder früherer Einfuhrprodukte — z. B. Salpeter — traten neu entwickelte Industrien, für völlig fehlende und für unzureichende Materialien und Nahrungsmittel entstand der Ersatz. Die Rückgewinnung schon verarbeiteter Produkte — Kupfer, Baumwolle — wurde ständig weiter ausgedehnt.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Lasten der Sozialversicherung.

Das Unternehmertum führt einen planmäßigen Kampf gegen die sozialpolitische Gesetzgebung. Immer wieder begegnet man der Behauptung, daß die sozialen Versicherungsgesetze den Unternehmern untragbare Lasten auferlegen und die deutsche Wirtschaft dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig machen. Es finden sich auch dienstwillige Helfer der Unternehmer, die mit dem Scheine der Wissenschaftlichkeit zahlenmäßig den Beweis zu führen suchen, daß die sozialen Lasten nicht nur ungeheuer hoch, sondern auch ganz unverhältnismäßig höher sind, als vor dem Kriege. Dieser Unfug ist so stark, daß sich sogar das Reichsarbeitsministerium genötigt gesehen hat, diese Zahlenkünstler beim Ohr zu nehmen. In der Nr. 24 des „Reichsarbeitsblatt" wird der grobe Schwindel, der mit angeblich untragbaren sozialen Lasten getrieben wird, aufgedeckt und die wirkliche Belastung der Wirtschaft durch die Sozialpolitik dargestellt.

Es werden die einzelnen Versicherungen durchgenommen; zunächst die Unfallversicherung. Sie umfaßt rund 24 Millionen Versicherte. An Entschädigungen zahlten die Berufsgenossenschaften, wenn man den auf die abgetretenen Gebiete fallenden Anteil abzieht, im Jahre 1913 150 Millionen Mark; im Jahre 1924 werden es unter Einrechnung der ab 1. Juli gewährten Sonderzulage 100 Millionen werden. In beiden Zahlen sind die Verwaltungskosten nicht enthalten. In dem Aufsatz wird auf das starke Sinken des Rentenaufwandes hingewiesen, das ist „eine Folge der niedrig gehaltenen Durchschnittsrenten und der Entwertung der Zwergrenten." Das Ergebnis der Prüfung für die Unfallversicherung ist, daß im Jahre 1924 „die Entschädigungslast der Berufsgenossenschaften nur zwei Drittel der Last des Jahres 1913 darstellt."

Der Angestelltenversicherung gehören nach einer früheren Annahme 1,6 Millionen Versicherte an, die Zahl ist aber in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Jahre 1913 brachte diese Versicherung eine Beitragseinnahme von 138 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1924 waren es 56 Millionen und für das ganze Jahr 1924 wird mit einer Einnahme von 110 Millionen gerechnet. Infolge der Herabsetzung der Monatsbeiträge ist die Last trotz Vermehrung der Versichertenzahl erheblich geringer als im Jahre 1913.

Die Invalidenversicherung rechnet gewöhnlich mit 16 Millionen Versicherten; sie hat im Jahre 1913 an Beiträgen 290 Millionen Mark eingenommen, im ersten Halbjahr 1924 betrug die Einnahme 150 Millionen, und für das ganze Jahr 1924 wird die Einnahme auf 330 Millionen geschätzt. Das wären 40 Millionen mehr als vor dem Kriege. Die Leistungen aus der Invalidenversicherung sind höher als vor dem Kriege; die Zahl der Rentenempfänger hat sich verdoppelt, die Bezüge der Witwen und Waisen sind erhöht, und die Altersgrenze für den Bezug der Rente ist von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Die Beiträge für die Versicherung sind gestiegen, aber bei weitem nicht in dem Maße, wie es oft behauptet wird. Daß sie weit weniger gestiegen sind, als sich aus der Erhöhung der Ausgaben ergeben müßte, kommt daher, daß die Invalidenversicherung, weil jetzt ein gewisser Beharrungszustand erreicht ist, auf dem reinen Umlageverfahren aufgebaut ist und ihr gleichmäßiger Vollzug im ganzen Reich durch Lastenausgleich gesichert ist. Trotzdem die Beiträge für die Invalidenversicherung um 40 Millionen Mark gestiegen sind, kann man nicht sagen, daß die Wirtschaft in dem gleichen Maße stärker belastet sei. Infolge der Geldentwertung braucht die Wirtschaft den Versicherungsanstalten an Zinsen für deren ausgeliehene Kapitalien 60 bis 70 Millionen Mark weniger zu zahlen als vor dem Kriege.

In der Krankenversicherung ist eine tatsächliche Steigerung der Lasten eingetreten. Die Zahl der Versicherten wird hier mit 18 Millionen angenommen, sie schwankt, wie bei der Invalidenversicherung, mit dem Beschäftigungsgrad. Der Krankenkassenbeitrag ist unterschiedlich. Er betrug im Jahre 1914 im Durchschnitt 4 Prozent des Grundlohnes und dürfte heute durchschnittlich 6 Prozent betragen.

Stellt man die Lasten aus der Sozialversicherung in der Vorkriegszeit den zurzeit zu tragenden Lasten gegenüber, dann erhält man das folgende Bild (in Millionen Mark):

	1913 (für Krankenversich. 1914)			1924		
	insges.	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	insges.	Arbeitnehmer	Arbeitgeber
Krankenversicherung	524	350	174	750	500	250
Invalidenversich. . .	290	145	145	330	165	165
Angestelltenversich. .	138	69	69	110	55	55
Unfallversicherung .	150	- -	150	100	—	100
Zusammen	1102	564	538	1290	720	570

Insgesamt sind, wenn man die Zahlen für 1924 nach oben abrundet, die Lasten um 200 Millionen gestiegen. Aber für die Arbeitnehmer beträgt die Steigerung 160 Millionen, für die Unternehmer nur 40 Millionen. Oder anders ausgedrückt besagt das, daß die Steigerung der Belastung für den Arbeitnehmer 27½ Prozent ausmacht, also ungefähr soviel wie die Steigerung der übrigen Lebenshaltungskosten, für den Unternehmer aber nur 6,5 Prozent, also noch nicht einmal den vierten Teil der Steigerung, welche die Großhandelspreise gegenüber der Vorkriegszeit erfahren haben.

Zu den Lasten der Sozialversicherung wird gewöhnlich noch die aus der Erwerbslosenfürsorge hinzugezählt. Das ist nicht ohne weiteres zulässig, denn die Erwerbslosenfürsorge ist in der Hauptsache eine Entlastung der Armenpflege. Um den Beitrag recht hoch erscheinen zu lassen, wird in den, von den Gegnern der Sozialversicherung aufgemachten Rechnungen gewöhnlich mit dem höchst zulässigen Beitrag von 3 Prozent des Grundlohnes gerechnet. Der Durchschnitt liegt aber weit niedriger, und er könnte bei der Bildung großer Gefahrengemeinschaften noch tiefer herabgedrückt werden. Der Aufwand, den Unternehmer und Versicherte im laufenden Rechnungsjahr für die Erwerbslosenfürsorge bestreiten, wird auf höchstens 220 Millionen Mark geschätzt. Rechnet man auch diese zu den sozialen Lasten hinzu, dann kommt man auf rund 1½ Milliarden. Das amtliche Organ des Reichsarbeitsministeriums stellt als Ergebnis seiner Untersuchung fest, daß der wirkliche Aufwand kaum ein Drittel der Summen ausmacht, die in letzter Zeit als soziale Belastung der Wirtschaft in der Öffentlichkeit genannt wurden.

Auf die kulturelle Bedeutung der Sozialversicherung soll in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Es handelt sich hier nur um die Bedeutung der sozialen Lasten als Faktor in der Kalkulation der Unternehmer. Hier ist nachgewiesen, daß sie viel zu hoch geschätzt werden; dazu kommt aber noch in Betracht, daß der Hinweis auf das Ausland, das solche sozialen Lasten nicht kennt und deshalb billiger produzieren könne, durchaus abwegig ist. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da Deutschland in der sozialen Versicherung den anderen Ländern weit voraus war. Trotz dieser Vorausbelastung hat sich die deutsche Industrie als durchaus konkurrenzfähig erwiesen. Jetzt hat das Ausland den Vorsprung größtenteils eingeholt. Die Sozialversicherung ist in den verschiedenen Ländern verschieden organisiert, so daß sich Vergleiche schwer ziehen lassen, aber der Hinweis auf eine angebliche Mehrleistung der deutschen Wirtschaft auf diesem Gebiete ist durchaus unzulässig. Der Abbau der Sozialpolitik wäre das allerverkehrteste Mittel, um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Gerade um die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu heben, muß noch viel mehr Sozialpolitik getrieben werden.

Der Steuerabzug bei Heimarbeitern.

Am 1. Dezember ist eine völlig belanglose Milderung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn in Kraft getreten, worüber in Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung" ausführlich berichtet wurde. Die Verordnung bringt auch für die Heimarbeiter eine Änderung des bisherigen Rechtszustandes. Als abschreckendes Beispiel dafür, wie amtliche Bekanntmachungen nicht lauten sollen, bringen wir die vom 15. November datierten Durchführungsbestimmungen im Wortlaut:

I. Bei Heimarbeitern, bei denen der Arbeitslohn für eine bestimmte Arbeitszeit oder nach der Arbeitsleistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, ist die einzubehaltende Steuer in gleicher Weise zu berechnen wie bei anderen Arbeitnehmern.

II. Bei Heimarbeitern, bei denen der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit und auch nicht nach der Arbeitsleistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, beträgt die einzubehaltende Steuer für alle nach dem 30. November 1924 erfolgenden Lohnzahlungen zwei Prozent (bisher vier Prozent). In welcher Zeit der Lohn verdient worden ist, ist hier also unerheblich.

Bei anderen Arbeitnehmern, bei denen der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit und auch nicht nach der Arbeitsleistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, sind nach wie vor vom vollen Arbeitslohn vier Prozent einzubehalten.

Unseren Lesern wird es so ergehen, wie es uns ergangen ist: Man liest die Durchführungsbestimmungen einmal, zweimal und schließlich zehnmal, aber verstanden hat man sie trotz alledem nicht. Wahrscheinlich meint das Reichsfinanzministerium folgendes:

I. Bei Heimarbeitern, die

a) in Zeitlohn (Stunden-, Wochen- oder Monatslohn) beschäftigt sind und periodisch (z. B. jeden Freitag) Lohn erhalten oder

b) in Stücklohn (Akkord) beschäftigt sind und periodisch (z. B. jeden Freitag) Lohn erhalten, gleichgültig, ob für einen Teil der Arbeit (Abschlag) oder für die ganze Arbeit, richtet sich der Lohnabzug nach den für die anderen Arbeiter geltenden Bestimmungen.

II. Bei Heimarbeitern, die in Stücklohn beschäftigt sind und den Arbeitslohn erst nach Ablieferung der Arbeit erhalten (also keine Abschlagszahlung erhalten und für die auch keine bestimmte Lohnzahlungsperiode besteht), sind bei jeder Lohnzahlung zwei Prozent (bisher vier Prozent) vom Arbeitslohn als Steuer einzubehalten.

Die für andere Arbeiter und für die unter Ziffer I fallenden Heimarbeiter geltenden Ermäßigungen sowie die Bestimmungen über Nichterhebung von Kleinbeiträgen kommen für die unter Ziffer I fallenden Heimarbeiter nicht in Betracht.

Wir wiederholen, wahrscheinlich sind die Durchführungsbestimmungen so auszulegen, eine andere Deutung können wir beim besten Willen nicht finden. Völlig rätselhaft ist uns, was es mit den in Ziffer II unter „anderen Arbeitnehmern" auf sich hat. Vielleicht veröffentlicht das Reichsfinanzministerium recht bald eine zweite Durchführungsbestimmung, die die erste allgemein verständlich macht.

Aufwertung von Sparkassenguthaben.

Die dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 sagt in ihrem § 7: „Sparkassenguthaben, die bis zum 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungsstelle angemeldet sind, werden in der Weise aufgewertet, daß die Teilungsmasse von einem Treuhänder unter die Gläubiger verteilt wird."

Über das Maß der Aufwertung sind allgemeine Vorschriften nicht erlassen, vermutlich werden sehr unterschiedliche Bestimmungen Platz greifen. Jedenfalls empfiehlt es sich, die Frist für die Anmeldung nicht zu versäumen. Die Anmeldung erfolgt zweckmäßig unter Vorlegung des Sparkassenbuches, sie kann mündlich oder schriftlich erfolgen und ist auf Verlangen zu bescheinigen. Die Aufwertungsstelle ist in der Regel die Sparkasse, doch sind in manchen Ländern auch andere Stellen als Aufwertungsstellen bezeichnet.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 49. Wochenbeitrag für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember fällig geworden.

Am 1. Januar 1925 wird außer der Reise-, Notfall-, Umzugs- und Sterbeunterstützung auch die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes wieder eingeführt werden.

Arbeitslose Mitglieder, die mindestens 52 Wochen dem Verbande angehören und mindestens 52 Beiträge entrichteten, haben sich bis spätestens 23. Dezember bei ihrer Ortsverwaltung unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches zu melden und sich den von den Ortsverwaltungen eingeführten Kontrolleinrichtungen zu unterstellen.

Tritt die Arbeitslosigkeit erst am 24. Dezember ein, dann ist der erste Tag der Meldung der nächstfolgende Arbeitstag, also der 27. Dezember, und der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung beginnt nach Ablauf der siebentägigen Wartefrist, demnach am 3. Januar.

Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben nur diejenigen Mitglieder, die regelmäßig ihre Beitragspflicht erfüllten, bei denen die beitragfreien Wochen abgestempelt sind, die nicht mehr als drei Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, und die die vom 22. Juni bis 26. Juli 1924 ausgeschriebenen Extrabeiträge entrichtet haben.

Heimvolkshochschule in Tinz. Der Verbandsvorstand hat mit Rücksicht auf die reiche Zahl der eingegangenen Bewerbungen um Teilnahme an dem am 15. Januar 1925 beginnenden neuen Männerkursus der Heimvolkshochschule in Tinz beschlossen, nicht drei, sondern fünf Verbandskollegen zu entsenden. In Übereinstimmung mit der Schulleitung in Tinz sind von den Bewerbern folgende Kollegen zur Teilnahme bestimmt worden: Georg Betzelt, Tischler, Nürnberg, 19 Jahre; Hermann Gräbe, Korbmacher, Hameln, 20 Jahre; Emil Hüls, Tischler, Fürth, 18 Jahre; Kurt Peschke, Tischler, Berlin, 21 Jahre; Karl Skurnia, Holzarbeiter, Lieban i. Schl., 18 Jahre. — Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, auf diesem Wege von der Entscheidung des Verbandsvorstandes und der Schulleitung Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung nicht erfolgen wird.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Dinkelsbühl (Bürsten- und Pinselmacher). In der letzten Branchenversammlung hielt Kollege Neuburger aus Nürnberg einen lehrreichen Vortrag über die Lohnverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie. Bedauerlich ist, daß nicht eine größere Zahl von Kollegen die interessanten Ausführungen angehört hat. Gerade die Kollegen fehlten, die sonst ihrer Unzufriedenheit mit dem Verband sehr deutlich Ausdruck geben. Es ist schon richtig, daß die gegenwärtigen Zustände allen Anlaß zur Unzufriedenheit geben, aber falsch ist es, die Schuld daran der Organisation beizumessen. Die erste Voraussetzung für eine Besserung ist, daß die Kollegen selbst den Willen zeigen, aus dem Elend herauszukommen. Man darf sich nicht auf das Schimpfen und Kritisieren beschränken, sondern muß selbst Hand anlegen. Jeder muß im Verband seine Pflicht tun, dann haben wir eine leistungsfähige Organisation, mit deren Hilfe wir auch vorwärtskommen.

Unsere Lohnbewegung.

Im Freistaat Sachsen hat die große Aussperrung im verflossenen Sommer bekanntlich mit einer Niederlage des Arbeitgeberverbandes geendet. Zwischen den beiderseitigen Organisationsleitungen war ein Vertrag vereinbart worden, den die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes nach berühmten Mustern ablehnte. Gleichzeitig mußte sie aber auch die Beendigung der Aussperrung beschließen. Vor der Aufnahme der Arbeit wurden in den einzelnen Orten, zum Teil auch mit den einzelnen Betrieben Verträge abgeschlossen, die inhaltlich mit dem abgelehnten Landesvertrag übereinstimmten. Eine einheitliche Regelung der Löhne ist zurzeit noch nicht möglich; wir müssen uns auf örtliche Abmachungen beschränken, die allerdings mehr Arbeit verursachen, aber uns auch so zum Ziele führen. Nicht zu vermeiden sind hierbei gewisse Unstimmigkeiten. So schwankt nach einer Übersicht der Spitzenlohn in der Ortsklasse I zwischen 72 und 74 Pf., in der Ortsklasse II zwischen 65 und 68 Pf., und ähnlich ist es in den anderen Ortsklassen. Das sind Schönheitsfehler, die jedoch in absehbarer Zeit zu beseitigen sein werden, zumal sich die Unternehmer bei dem durch ihre Schuld herbeigeführten Zustand durchaus nicht wohl fühlen.

Für den **Bezirk Schleswig-Holstein und Lübeck** wurde am 27. November ein Schiedsspruch gefällt, durch den der Spitzenlohn in allen Ortsklassen um 6 Pf. erhöht wird. Er beträgt somit ab 21. November in den Ortsklassen II bis V 70, 67, 64 und 61 Pf.

Für **Mecklenburg-Schwerin** wurde ein Lohnabkommen für das Holzgewerbe getroffen, welches den Durchschnittslohn ab 22. November in den Ortsklassen II bis VI auf 62, 59, 57, 55½ und 54 Pf. festsetzt. Damit sind auch die Löhne für die Tischler in Mecklenburg-Strelitz geregelt; sie betragen in den drei Ortsklassen 55½, 54 und 52½ Pf.

Für die **Holzwarenfabriken in Thüringen** ist jetzt ein Mantelvertrag abgeschlossen worden, der im wesentlichen dem Vertrag für das Thüringer Holzgewerbe entspricht. Abweichend von diesem enthält er Bestimmungen über den angelernten Arbeiter. Der Vertrag gilt vom 15. November bis zum 30. August 1925. Gleichzeitig wurde ein Lohnabkommen getroffen, welches den Spitzenlohn in den Ortsklassen II bis VI ab 21. November auf 58, 55, 52, 50 und 48 Pf. festsetzt.

Für die **Kreise Gummersbach, Waldbröl und Wipperfürth** ist am 25. November nach Verhandlungen vor dem Schlichter eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher ab 10. November der Durchschnittslohn der Facharbeiter in den drei Ortsklassen 53, 52 und 50 Pf. beträgt.

In der **Sägewerksindustrie in Thüringen** ist es zum Streik gekommen. Am 16. Oktober war ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Spitzenlöhne auf 53, 49 und 47 Pf. gebracht hätte. Die Anerkennung dieses Schiedsspruches wurde von den Unternehmern abgelehnt, die vielfach auch die seither geltenden Löhne zu zahlen sich geweigert hatten. Da auch der Schlichter es ablehnte, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, stellten die Kollegen in einer Reihe von Orten, wie Gehren, Katzhütte, Gräfinau, Großbreitenbach und Hermsdorf die Arbeit ein. Zurzeit befinden sich mehr als 600 Kollegen im Kampf.

Für die **Korbmacher im Regierungsbezirk Merseburg und Anhalt** wurde mit dem Schutzverband für das Korbmachergewerbe ein neues Lohnabkommen vereinbart. Danach erhöhen sich die bisherigen Stundenlöhne und Akkordpreise vom 8. November um 10 Prozent und vom 21. November um 20 Prozent. Die Tariflöhne betragen nunmehr für Facharbeiter 54 Pf. pro Stunde. Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Bezirksvertrages sollen demnächst aufgenommen werden.

In Bremen bestehen, wie wir bereits berichtet haben, Lohndifferenzen. In einigen Betrieben befinden sich die Kollegen im Streik.

In Düsseldorf ist es nach einem kurzen Streik in zwei Betrieben gelungen, die Unternehmer von der Zweckmäßigkeit des Abschlusses eines Tarifvertrages zu überzeugen. Die Hauptschwierigkeit lag bei der Regelung der Arbeitszeit. Die Unternehmer haben aber schließlich eingesehen, daß die Regelung, wie sie in dem von der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes abgelehnten Vertrag vorgesehen war und inzwischen im größten Teile des Reiches durchgeführt wurde, entgegen ihrer früheren Annahme auch für Düsseldorf möglich ist. Der am 27. November abgeschlossene Vertrag lehnt sich in den wesentlichen Bestimmungen an die erwähnte Vorlage an. Der Durchschnittslohn wurde auf 77 Pf. festgesetzt.

In Harburg wurde für die Stock- und Stuhlrohrfabrik H. K. Meyer ein Abkommen getroffen, welches den Lohn für Arbeiter über 20 Jahre auf 54 Pf. festsetzt. Gelernte Arbeiter erhalten 59 Pf. und dazu 25 Prozent Aufschlag.

In Köln wurde der Lohn der Schreiner dem Index entsprechend für die Woche vom 21. bis 28. November auf 91 Pf. festgesetzt.

In Kreuznach wurde für die Kamminduftrie am 24. November ein Abkommen getroffen, das den Spitzenlohn auf 52 Pf. festsetzt.

In Lüneburg möchten die Unternehmer gern die 54-stündige Arbeitszeit einführen. Bei den Verhandlungen über die von unseren Kollegen gestellte Lohnforderung wollten die Unternehmer den Tischlern schließlich 58 Pf. gewähren, was immer noch viel weniger ist als der Lohn in den anderen Berufen am Ort. Wenn die Arbeiter aber bereit sind, 54 Stunden zu arbeiten, sollten sie 63 Pf. haben. Auf diesen Leim kriechen aber die Kollegen nicht. Etwa 40 Mann haben die Arbeit eingestellt. Es ist möglich, daß der Kampf größeren Umfang annimmt.

Ausland.

In Zürich ist der Streik der Bergolder erfolgreich beendet. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die 48stündige Arbeitszeit sichert und Ferien vorsieht. Der Lohn wurde um 5 Rappen pro Stunde erhöht. Die Sperre über Zürich ist somit aufgehoben.

Aus der Holzindustrie.

Unsere Verbandsabrechnung und die Unternehmer.

Hei lewet noch, nämlich der olle ehrliche „Holzmarkt". Längere Zeit hat er sich uns gegenüber Zurückhaltung auferlegt in der richtigen Erkenntnis, daß er in Auseinandersetzungen mit der „Holzarbeiter-Zeitung" keine Seide spinnen kann. Nun aber kann er das Wasser doch nicht mehr halten. Die Vierteljahrsabrechnung unseres Verbandes, die in Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlicht wurde, hat es ihm angetan. Das ist ein Bissen, den er sich nicht entgehen lassen kann. Hier kann er sich um so leichter austoben, als er sicher ist, daß wir ihm auf dem gleichen Gebiete keinen Gegendienst erweisen können. Kein einziger von den vielen Verbänden der Sägewerksbesitzer und Holzhändler, als deren offizielles Organ der „Holzmarkt" firmiert, hat es noch je gewagt, über seine Kassengebarung öffentlich Rechenschaft abzulegen. Wir können das verstehen; der Unterschied liegt eben darin, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband eine Kassenführung hat, die nichts zu verheimlichen braucht. —

Dem „Holzmarkt" imponieren die Zahlen unserer Abrechnung. Im zweiten Vierteljahr 1,37 Millionen Mark Einnahme! Ob seine Bemerkung, daß der Verband verdammt gut geleitet und organisiert ist, und daß die Unternehmer so etwas nicht fertigkriegen, ernst gemeint ist, lassen wir dahingestellt. Aber erwähnen wollen wir immerhin, daß es sich um eine für die Verhältnisse unseres Verbandes recht ungünstige Abrechnung handelt. Nicht nur deshalb, weil die Ausgaben die Einnahmen um 157 000 Mk. übersteigen, sondern weil die Einnahmen so gering waren. Das kommt von der großen Arbeitslosigkeit, die es vielen Mitgliedern unmöglich machte, den Beitrag zu zahlen. Wir hoffen, daß die Verbandskasse künftig höhere Einnahmen buchen kann

Der „Holzmarkt" müßte eben nicht der „Holzmarkt" sein, wenn er nicht einen Anlaß zur Kritik darin fände, daß der Verband Geld für Agitation, für persönliche Verwaltungskosten, ja sogar für das Einkassieren der Beiträge ausgibt. Der gestrenge Laus findet, daß „verdammt viel an den Rädern kleben bleibt". Es kommen in der Tat, wenn man sie auf das Jahr umrechnet, große Summen für die genannten Posten heraus, und sie wären noch viel größer, wenn man berechnen wollte, was sie in zehn Jahren ausmachen. Das Fatale ist nur, daß die Racker, die sich dermaßen von den „Arbeitergroschen mästen" (ein Ausdruck übrigens, den der „Holzmarkt" vermeidet, er hat dafür andere Redewendungen), zeitlebens arme Schinder bleiben. Es war noch keiner in der Lage, sich an Sägewerksgründungen zu beteiligen, und diesem Umstande haben sie es auch zu verdanken, daß sie noch nie Geld an faulen Transaktionen verloren haben. —

Der Clou der Abrechnung ist dem braven „Holzmarkt" übrigens entgangen. Er hat übersehen, daß der Verband im zweiten Vierteljahr bei 1,37 Millionen Mark Einnahmen nicht weniger als 1,24 Millionen Mark für Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen ausgegeben hat. Also mehr als 90 Prozent der Einnahme wurden zur Unterstützung von Lohnkämpfen verwendet! Der „Holzmarkt" gibt den Buchhaltern in den Sägewerken, Möbelfabriken usw. den Rat, sich die Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung" mit der Abrechnung auszuleihen (wollte man sie auf legalem Wege kaufen, dann würde damit nur die Kasse des bösen Holzarbeiter-Verbandes gestärkt) und dann den Arbeitern einen Vortrag zu halten. Der „Holzmarkt" hat völlig recht, wenn er sagt: „Es ist doch wahrhaftig nicht kostspielig, wenn die Arbeitgeber einmal diese Abrechnung und auch künftige zum Gegenstand eines kostenfreien Vortrages machen, ihrer Arbeiterschaft einmal zeigen, wieviel an den Rädern kleben bleibt." Wenn man das Material zum Vortrag pumpt und den Buchhalter „kostenfrei" reden läßt, dann ist es in der Tat nicht kostspielig für den Unternehmer. Und wenn er über Buchhalter mit der nötigen Beschränktheit verfügt, die sich so mißbrauchen lassen, und Arbeiter, die naiv genug sind, dem Unternehmer oder seinem Kuli zu glauben, daß es in ihrem eigenen Interesse läge, aus dem Verbande auszutreten, dann ist eine solche Agitation für den Unternehmer nicht nur nicht kostspielig, sondern sogar recht profitabel. Den unorganisierten Arbeitern kann bei der Lohnbemessung viel leichter das Fell über die Ohren gezogen werden, als wenn sie sich auf ihren Verband stützen können.

Vielleicht berichtet der „Holzmarkt" gelegentlich, wie seine Ratschläge von den Unternehmern, an die sie gerichtet sind, aufgenommen wurden, und welche Erfolge sie erzielt haben. Wir versprechen ihm auch weiterhin durch Veröffentlichung von Abrechnungen und sonstigen Berichten aus dem Verbandsleben Material zu liefern. Aber er soll seinen Leuten raten, es zu kaufen. Das Pumpen ist zwar nicht kostspielig, aber etwas schäbig. Und es scheint doch, daß es Sägewerksbesitzer und Holzhändler gibt, denen man das erst sagen muß

Holzhändler und Betrüger.

Das Landgericht München verurteilte den Holzgroßhändler Kommerzienrat Abraham Landauer in München wegen Betrugsversuchs zu acht Monaten Gefängnis. Wie viele andere Holzhändler, hatte auch Landauer Heereslieferungen. Obwohl bei diesen Geschäften, auch wenn sie streng reell ausgeführt wurden, viel Geld zu verdienen war, hat Landauer versucht, den Staat zu betrügen. Der Kommerzienrat lieferte im September 1917 drei Waggons Bretter an die Westfront. Bei der in Ludwigshafen vorgenommenen Untersuchung der Ladung stellte sich heraus, daß der obere Teil der Bretter die vorgeschriebene Qualität hatte, während die Zwischenlage schlecht und der untere Teil verstockt und völlig unbrauchbar war. Landauer hat sich für alle Bretter den Preis für gute Qualität bezahlen lassen. In der Gerichtsverhandlung wollte er dem Gericht weismachen, er habe von diesem Betrug nichts gewußt. Das wurde ihm nicht geglaubt; das Gericht sah den Betrugsversuch als erwiesen an und verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis.

Wenn der Herr Kommerzienrat in seiner Zelle sitzt, wird er sich wohl des öfteren fragen, warum nun gerade er erwischt wurde, denn er weiß sehr gut, daß auch andere Unternehmer ähnliche Geschäfte gemacht haben. Diese erfreuen sich der Freiheit und hohen Ansehens, er aber muß brummen. Wir begreifen seinen Schmerz; möge er einen Trost finden in unserem Bedauern, daß er allein, nicht in trautem Zusammensein mit seinen Kollegen von der Zunft brummen muß.

Aus Ungarn

In Ungarn haben, wie wir dem vom Vorsitzenden des ungarländischen Holzarbeiter-Verbandes, Kollegen Horovitz, im „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter" erstatteten Bericht entnehmen, die Gewerkschaften unter der Reaktion schwer zu leiden. Hinzukommt noch eine gewaltige Wirtschaftskrise. Trotz der schrecklich schweren Zeiten sind die Holzarbeiter der Organisation treu geblieben, und sie haben ihre Verpflichtungen stets voll erfüllt. Die Verbandsarbeit wird erschwert durch die willkürliche Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts. Während des unglückseligen Regimes des „christlichen" Kurses werden Tag für Tag Ortsgruppen aufgelöst. Es überrascht unsere Bruderorganisation gar nicht mehr, daß sie täglich ein Dokument zugestellt erhält, worin die Auflösung oder Nichtbewilligung einer Ortsgruppe bekanntgegeben wird. Auch wird äußerst selten eine Versammlung genehmigt, die zur Gründung einer Ortsgruppe einberufen werden soll. Trotzalledem arbeiten die Kollegen mutig und entschlossen weiter. Im Jahresdurchschnitt 1923 zählte der Holzarbeiter-Verband 11 570 Mitglieder. Die Lohnregelung war infolge der Wirtschaftskrise erschwert. Die Lebenshaltungskosten haben den Vorkriegsstand weit überschritten, die Arbeitslöhne dagegen haben nur 50 bis 60 Prozent der Vorkriegshöhe erreicht. Die Unternehmer verfolgten eine so niederträchtige Lohnpolitik, die die Arbeiter zur äußersten Verzweiflung und ins Elend drängte. Viele der bestgeschulten Arbeiter sind ausgewandert. Anfang 1923 kam es zu einer fünfwöchigen Aussperrung, die mit einer Niederlage der Unternehmer endete. Gegenwärtig ist mit einer neuen Aussperrung zu rechnen, die Kollegen haben die Hoffnung, daß sie auch in diesem Kampfe die Gewinner sein werden. Der Wucher und die Preistreiberei feiern noch immer die größtmöglichen Orgien. Trotzdem der Arbeiter nicht imstande ist, für den erhaltenen Lohn ein größeres Stück Brot anzuschaffen, werden die Lebensmittel in Unmassen Waggons aus dem Lande herausgeschafft. Der Holzarbeiter-Verband hat in Budapest ein

Haus gekauft, das als Arbeiterheim benutzt werden soll. Am 1. Juni 1923 hat der Verband eine Invaliditäts- und Ruhestandsunterstützung eingeführt. Aus ihr werden die älteren und arbeitsunfähigen Kollegen unterstützt. Die Zahl der Mitglieder, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen, ist sehr groß, wodurch die Verbandskasse schwer belastet wird. Kollege Horovitz schließt seinen Bericht mit der Feststellung, daß selbst die schrecklichen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Unterdrückungen und maßlosen Verfolgungen nicht imstande gewesen sind, die Entwicklung und Stärkung des Verbandes zu beeinträchtigen.

Gewerkschaftliches.

Grenzstreitigkeiten.

Zwischen dem „Steinarbeiter“ und dem „Grundstein“, dem Organ des Baugewerksbundes, hat sich eine Polemik entsponnen, die größeren Umfang annimmt und eine für die Gewerkschaften im allgemeinen wichtige Frage betrifft, so daß es sich rechtfertigt, auch als nicht direkt Beteiligte dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich dabei um das Folgende: Der Verband der Steinsetzer und Pflasterer hat sich auf seinem letzten Verbandstage im vorigen Jahre mit dem Anschluß an eine andere Organisation beschäftigt. Es war zu entscheiden zwischen dem Baugewerksbund und dem Steinarbeiter-Verband. In der Urabstimmung, die beschlossen wurde, entschied sich die große Mehrheit für den Steinarbeiter-Verband. Ein Teil der Filialen des Steinsetzer-Verbandes folgte diesem Beschluß jedoch nicht, sondern sie traten zum Baugewerksbund über. Eine dieser jetzt zum Baugewerksbund gehörigen Ortsgruppen veröffentlichte kürzlich im „Grundstein“ einen Bericht, in dem sie sich rühmte, in der Frage der Verschmelzung den „kürzeren Weg“ gegangen zu sein.

Diesen Bericht nahm der „Steinarbeiter“ zum Anlaß, die Frage unter dem Gesichtspunkt der gewerkschaftlichen Disziplin aufzurollen. Im „Grundstein“ wurde die Diskussion aufgenommen. Er argumentiert mit der Behauptung, daß der Vorsitzende des Steinarbeiter-Verbandes erklärt habe, die Steinarbeiter seien keine Bauarbeiter. Da die Steinsetzer jedoch Bauarbeiter seien, habe der Baugewerksbund die Steinsetzer aufgenommen, die sich offen zum Bau bekannt haben. Der Baugewerksbund werde für den Übertritt aller Bauarbeiter, die noch im Steinarbeiter-Verband und in anderen Verbänden sind, werben.

Dieser Faden wird in beiden Verbandsorganen fortgesponnen. In der Nr. 48 des „Grundstein“ wird ein sehr langer Artikel abgedruckt, in dem zunächst der Nachweis zu führen versucht wird, daß das Straßenbaugewerbe ein Nebengewerbe des Baugewerbes sei. Daraus wird gefolgert, daß die Steinsetzer zum Baugewerksbund gehören, dem vor der Verschmelzung bereits der größere Teil der Hilfsarbeiter in den Straßenbaubetrieben angehört habe. Der Sinn und Zweck der Befürworter des Übertritts des Steinsetzer-Verbandes zum Baugewerksbund sei es gewesen, dadurch eine einheitliche und kampfesstarke Organisation zu schaffen. Auf die behaupteten Tatsachen gehen wir nicht ein, wir können sie nicht nachprüfen. Entscheidend ist aber nicht die Absicht, welche die Befürworter eines Planes verfolgt haben, sondern der in der Urabstimmung zum Ausdruck gekommene Wille der Mitglieder. Daß die große Mehrheit der Mitglieder des Steinsetzer-Verbandes sich für den Anschluß an den Steinarbeiter-Verband entschieden hat, ist unbestritten.

Sehr faul wird die Argumentation des „Grundstein“, wo sie sich auf die vom 11. Gewerkschaftskongreß erfolgte Annahme der Entschließung Dißmann beruft. Mit dieser Entschließung sei die Grundlage für ein neues Organisationsrecht geschaffen. Den Leitern des Steinarbeiter-Verbandes und des Steinsetzer-Verbandes wird der Vorwurf gemacht, daß sie pflichtwidrig dieses neue Organisationsrecht nicht beachtet hätten. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, denn die Voraussetzung, auf die er sich stützt, ist falsch. Der Gewerkschaftskongreß hat kein neues Organisationsrecht geschaffen. Er hat durch die Entschließung Dißmann eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen für notwendig erklärt und Vorstand und Ausschuß des ADGB. beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten und sie zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen. Diese Vorlage liegt bisher nicht vor, geschweige denn, daß sie den Gewerkschaften zur Beratung überwiesen oder gar beschlossen wäre. Die Ursache dafür ist leicht zu verstehen. Offenbar hat man bei der Beratung der praktischen Durchführung des vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlusses erkannt, daß dies doch nicht so einfach ist wie die theoretische Entwicklung des Planes.

Wir haben die Entschließung des Leipziger Gewerkschaftskongresses bekämpft, und wir sind auch heute noch der Meinung, daß sie mehr dem Expansionsbedürfnis einiger großer Verbände entspricht, als daß sie der Gewerkschaftsbewegung im ganzen förderlich wäre. Wir verkennen keineswegs den Vorteil für die gewerkschaftliche Organisation, der darin läge, daß alle Arbeiter eines Betriebes der gleichen Organisation angehören. Aber diese Organisationsform läßt sich nicht von oben her beschließen, zumal auch sehr gute Gründe für andere Organisationsformen geltend gemacht werden. Die heutige gewerkschaftliche Organisationsform ist das Ergebnis einer langen Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist. Man kann dieser Entwicklung ein schnelleres Tempo wünschen und es propagieren, aber jeder Zwang ist vom Übel. Auch diejenigen, die in der Frage der Organisationsform glauben, ihrer Zeit vorauseilen zu können, dürfen nicht vergessen, daß sie es mit lebendigen und denkenden Menschen zu tun haben, die man wohl belehren, aber nicht zwingen kann. Bei der Bestimmung der Organisationsform haben die Mitglieder der Organisationen das letzte und entscheidende Wort. Fällt eine Abstimmung nicht so aus, wie man es gewünscht hätte, dann kann man das bedauern, aber die gewerkschaftliche Disziplin verlangt, daß man sich den Beschlüssen der Mehrheit füge.

Das Thema der Grenzstreitigkeiten ist an sich wenig erfreulich; im Augenblick ist es besonders unzeitgemäß. Durch widrige Umstände haben die Gewerkschaften in den beiden letzten Jahren eine starke Mitgliedereinbuße erlitten. Viele der neuen Mitglieder, die nach der Revolution in die Verbände geströmt sind, haben deren Reihen verlassen, weil es nicht gelungen ist, sie zu wirklichen Gewerkschaftern zu erziehen. Es wäre eine schlechte Taktik, die Lücken der eigenen Organisation durch Überläufer aus anderen Organisationen füllen zu wollen. Für solchen falschen Organisationsegoismus darf in unseren Reihen kein Platz sein. Wir müssen die eigene Organisation stärken und für sie werben, aber wichtiger als die Frage, welcher Organisation der einzelne zugeführt wird, ist es, daß die Arbeiter überhaupt Gewerkschaftsmitglieder werden. Wenn man überall diesen Gesichtspunkt im Auge behält, dann wird das Thema Grenzstreitigkeiten zwar nicht von der Tagesordnung verschwinden, aber ihm wird die Schärfe genommen, und das wäre schon ein großer Gewinn.

Gotha.

In Gotha hat es früher eine recht gute gewerkschaftliche Organisation gegeben. Seitdem aber dort die kommunistische „Einheitsfront“-Taktik Boden gefaßt hat, ist es mit der Organisation stark abwärts gegangen. In den verbliebenen Resten sind aber die Kommunisten tonangebend, und sie beherrschten bisher den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Deshalb wurde diese Stelle auch ausersehen, das „Kampfprogramm“ mit ihrem Namen zu decken, das die kommunistische Parteileitung ausgearbeitet hatte, um wieder ein wenig Durcheinander in die Gewerkschaften zu bringen.

Das Gothaer „Kampfprogramm“ war, trotz der krampfhaften Propaganda, die dafür in der kommunistischen Presse gemacht wurde, eine große Pleite. An der Spitze der aufgestellten zehn Forderungen steht die nach einer sofortigen 40prozentigen Lohnerhöhung. Als Demonstrationsforderung ist das sehr matt, denn um den Arbeitern ein ausreichendes Existenzminimum zu sichern, reichen 40 Prozent Lohnerhöhung nicht aus. Und wenn es gilt, einen unmittelbaren Erfolg zu erzielen, dann kann diese Forderung ebensowenig aufgestellt werden, wie etwa die zweite, die verlangt, daß die Betriebe nach achtstündiger Arbeitszeit verlassen werden sollen. Für so etwas treten auch die kommunistisch orientierten Gewerkschafter nicht ein. Es gibt solche, die unbeschadet ihrer politischen Einstellung in der Gewerkschaft sehr realpolitisch denken und handeln und den Unsinn nicht mitmachen, den die kommunistischen Bonzen in den Gewerkschaften anstellen möchten.

Das Gothaer „Kampfprogramm“ ist also verpufft; es hat nur in der kommunistischen Presse eine Zeitlang eine gewisse Rolle gespielt und ist inzwischen von anderen „Parolen“ abgelöst worden. Das Hörigkeitsverhältnis des Gothaer Ortsausschusses zur Leitung der Kommunistischen Partei, das bei dieser Gelegenheit zutage trat, hat aber den Bundesvorstand veranlaßt, in Gotha einmal nach dem Rechten zu sehen. Das hat dazu geführt, daß er am 18. November beschlossen hat, den seitherigen Ortsausschuß in Gotha nicht mehr als örtliche Vertretung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen. Der Ortsausschuß ist also aufgelöst. An ihn dürfen weiterhin keine Beiträge der örtlichen Verwaltungsstellen der Verbände abgeführt werden. Mit der Vertretung des Bundes in Gotha wurde vom Bundesvorstand der Genosse Fritz Meyer, Uhlandstraße 1, betraut. Die einzelnen Ortsverwaltungen sind von ihren Verbandsvorständen entsprechend in Kenntnis gesetzt. Auch die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist von unserem Verbandsvorstand angewiesen worden, alle Beziehungen zum seitherigen Ortsausschuß zu lösen und ihm keinerlei Verbandsmittel, sei es aus der Verbandskasse oder aus der Lokalkasse, zur Verfügung zu stellen. Auch für die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gilt der Genosse Fritz Meyer als Vertreter des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ehrendiplome für langjährige Verbandsmitglieder.

Der Malerverband feiert im April 1925 sein 40jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll den Mitgliedern, die über 30 Jahre dem Verbande angehören, ein Ehrendiplom überreicht werden. Zur Erlangung von Entwürfen hat der Verband ein Preisausschreiben veranstaltet. Es sind Preise im Gesamtbetrage von 800 Mk. in Aussicht gestellt.

Literarisches.

Der Sozialdemokratische Abreißkalender, der seit einigen Jahren von der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt herausgegeben wird, ist nunmehr in der Ausgabe für 1925 erschienen. Die seitherige Aufmachung ist beibehalten; jedes Blatt enthält auf der Vorderseite ein Bild, auf der Rückseite statistische Daten, Gedichte, Sinnsprüche usw. Dieser Kalender, der sich steigender Beliebtheit erfreut, kostet 2 Mk.

Kinderland, ein Jahrbuch für Buben und Mädel des arbeitenden Volkes. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der SPD. Verlag der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68. — Der neue Jahrgang ist wiederum ein Buch, wie es unseren Kindern Freude macht. Märchen, Erzählungen, lustige Bilder folgen sich in bunter Reihe. Dazu die Wiedergabe von Werken bedeutender Maler. In Halbleinen gebunden kostet das Buch 1,25 Mk.

Deutsche Lyrik seit Goethes Tode bis auf unsere Tage. Ausgewählt von Maximilian Bern. 18. verbesserte Auflage, 445. Tausend. Preis des 640 Seiten starken Bandes in Halbleinen 4 Mk. Max Hessens Verlag, Berlin W. 15. — Bern läßt in dem Buche mehr als 350 Dichter zu Worte kommen. Die Auswahl der Dichtungen ist gut, wenn der einzelne auch manches Gedicht findet, auf das er gerne verzichtet und manches vermißt, das er in dem Buche finden möchte. Das Buch ist ein schönes Weihnachtsgeschenk.

Die soziale Botschaft der evangelischen Kirche. Verlag: Evangelischer Presseverband für Deutschland, Berlin-Steglitz, Benmestr. 2. — Der evangelische Kirchentag hat sich auf seiner Tagung im letzten Sommer auch mit sozialen Fragen beschäftigt. Die vorliegende Schrift enthält die Wiedergabe der dort gehaltenen Hauptreden. Gläubige Gemüter mögen sich daran erbauen. Daß die Kirche durch derartige Kundgebungen Einfluß auf die Arbeitermassen zu gewinnen vermag, möchten wir bezweifeln.

„Den Freunden des Verlages F. A. Brockhaus“ nennt sich das 80 Seiten starke Büchlein, dessen eine Hälfte ein Verlagsverzeichnis, dessen andere Hälfte eine Reihe meist illustrierter Textproben aus den Neuerscheinungen der letzten Zeit enthält. Das Brockhaus-Jahrbüchlein ist in jeder größeren Buchhandlung zu haben.

Adolf Miller, Korbmacher, wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebet., die Adresse mitzuteil. an Aug. Mannigel, Bernburg, Wettinerstr. 14

Tüchtiger Schreinermstr., bewandert in Holz- und Arbeitseinteilung, Fachkenntnisse in der Möbel- und Gestellbranche erforderlich, gegen gute Bezahlung gesucht. Heidelberger Holzindustrie, Aktien-Gesellschaft, Heidelberg.

1 bis 2 selbst. **Modelltischler,** nicht unter 22 Jahren, für dauernde Arbeiten gesucht. Antritt sofort. Seifert & Sohn, Holzbearbeitungs-Maschinenfabrik, Liegnitz.

Tüchtige **Möbelschreiner** für ältere, beste moderne Möbelarbeit (Kindermöbel), sofort in Dauerstellung gesucht. Hans Müller, Kunstgewerbliche Schreinerwerkstätten, Dillingen an der Donau (Bayern).

20 bis 30 **Maschinenarbeiter u. Fensterdreher** [illegible] sucht für dauernde Beschäftigung [illegible] Meiningen.

Kasten- und Möbeltischler, der mit Holzbearbeitungsmaschinen vertraut und [illegible] gesucht. Hermann [illegible]

Tücht. [illegible] [illegible] Koburg.

Tüchtige Vorarbeiter auf Polier- und Glanzbronzearbeit werden gesucht von größerer Goldleistenfabrik Mitteldeutschlands. Offerten erbeten unter „P. Q. 691“ an die Expedition dieses Blattes.

Je ein Korbmacher auf Beschlagenes auf [illegible] für sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung. Reisegeld wird vergüt. [illegible]

Tüchtige selbständ. **Bürstenbohrer od. -bohrerinnen** sucht Aug. Kiene, Herzberg a. H.

Perfekte Pinselmacher, perf. Borstenzurichter gesucht. C. L. Barthel, Frankfurt a. M.-West.

Tischlerfachschule Ilmenau in Thür. Ausbildung schnell und gründlich!

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen. Maxim. Weiß, Würzburg, Soli 17.

Alles zur Laubsägerei [illegible] Hauptkatalog I gegen Einsendung v. 50 Pf. franko.

Ich liefere zu konkurrenzlosen Preisen und Qualitäten:
Ziehklingen-Hobel 2,20 Mk., Schabhobel mit verstellbarem Mund 1,35 Mk., verstellbarer Schiffhobel 10 Mk., Simshobel 1,50 Mk., [illegible] 1,50 Mk., Bohrlochsteller mit Anreißer 1,10 Mk., Dübelspitzer 0,85 Mk., automatische Schraubenzieher 1,75 Mk., Furnierzangen, Feinsägen usw. — Prospekt gratis. Nichtgefallende Ware nehme zurück.
M. Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 53.

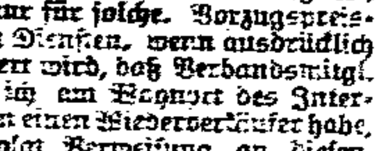
Eingelegte Furniere (Intarsien) für Schatullen, Nähtische, Schlafzimmer usw. Musterbogen gegen 40 Pf. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.

1 Abrichthobelmaschine, gebr., Fabrik Kiesling, runde Messerwelle, 500 mm Hobelbreite, Preis 200 Mk. **1 Fräsmaschine,** neu, Kugellager, Oberlager, Preis 275 Mk. **Gebr. Haase,** Hobelbank- u. Werkzeugfabrik, **Liegnitz.** Fernruf 1553. Kataloge üb. Hobelbänke, Hobel, Furnierböcke usw. geg. 20 Pf. in Marken.

:: Vorlagen zur Anfertigung von Weihnachtsgeschenken ::
Ergänzungsmöbel
Entwürfe für Klein- und Ziermöbel, Gebrauchs- und Luxusmöbel
40 Tafeln mit 96 dargestellten Gegenständen und den erforderlichen Detailschnitten von W. Schliebener, Architekt, Berlin
Die Tafeln enthalten:
Wandtischchen, Spiegel, Kleiderablagen und Hutraufen sowie Schirmständer für Flur und Garderobe, Wohnzimmerschränke und Schreibschränke. Kommoden, Wandspiegel, Aufsatzschränkchen, Wandschränkchen, Bücherborde und Notenregale. Ferner Standuhren und Stehlampen sowie Aktenböcke, Spiel- und Rauchtische für Wohn- und Herrenzimmer. Anrichte- und Teetische, Teewagen, Arbeits- und Ziertischchen, Blumenkrippen und Blumenständer. Als weitere Ziergeräte dienen Schatullen, Schmuckkästchen und Konsolen. Für das Schlafzimmer enthalten die Tafeln Frisiertische und Frisier- und Rasierspiegel, Wäscheschränke, Bettschirm, Wickelkommode zum Kinderbett, Kinderhocker, Liegestuhl, Truhenbänke; Wohnzimmer- und Gartenbänke sind in der Gruppe der Sitzmöbel enthalten. — Zu jedem Gegenstand im Inhaltsverzeichnis eine kurze Beschreibung der Ausführung.
Preis 10 Mk., für Mitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstelle 7 Mk.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin S 14, Am Köllnischen Park 2

Tischlerschule Blankenburg (Harz) Progr. g. Rückporto.

Rose's Handwagen!



Beste Stellmacher- u. Schmiedearbeit. Vorzugspreise f. Verbandsmitglied., aber nur für solche. Vorzugspreisliste zu Diensten, wenn ausdrücklich versichert wird, daß Verbandsmitgl. Falls ich am Wohnort des Interessenten einen Wiederverkäufer habe, so erfolgt Verweisung an diesen. **KURT ROSE, Zeitz, Brühl 25**

Polierwatte ✣ Christ. Wünschmann, Rabenau in Sa.

Schellack-Ersatz,
hell . . . . . 2,20 Mk. p. kg
dunkel . . . . 1,50 Mk. p. kg
Postpakete gegen Nachnahme. Chem. Fabrik **Rud. Oehlke, Berlin SO 116,** Lübbener Str. 1.

Das Polieren in einem Arbeitsgang mit Porenfüller, Azetol, Lackpolitur, Politur-Streichlack und Hochglanzpolitur 945 in dauernd stehendem höchsten Spiegelglanz. Man sende mir Brettchen zum Polieren ein. ½-Liter-Proben 10 Mk. Nachnahme.
Alfred Zeunert, Berlin-Neukölln, Thiemannstraße 25.

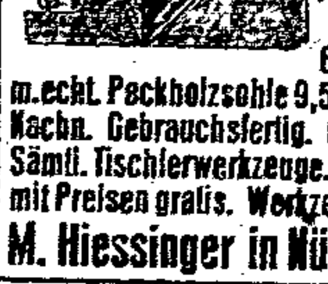
Um den vielfachen Anfragen zu entgegnen biete ich hiermit an:
Sportschlitten-Kufen
Esche, gebogen, prima Qualität

100	120	140	160	cm Holzl.
2,—	2,50	2,90	3,20	Mk. p. Paar

Schneeschuh-Spanner!
Tausendf. bewährte Neuheit, DRGM. Garnitur 2,85 Mk. Alles ab Lager gegen Nachnahme. Lieferung sofort.
M. Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 53.

Original-Englische Drechsler-Werkzeuge
Englisch. Bildhauer-Werkzeuge
Werkzeug-Neuheiten für Tischler, Preise gratis, empfiehlt Bergmann, Berlin, Oppelner Straße 31

Der beste Putzhobel



mit nachstellb. Keil ohne Pockholzsohle 6,50 Mk., m. echt. Pockholzsohle 9,50 Mk. frk. Nachn. Gebrauchsfertig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik **M. Hiessinger in Nürnberg**

Schlagmetall kauft Koll. Willi Otto, Vergolder, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 115.

Neu erschienen!
Moderne Küchenmöbel
20 Tafeln
Vorlagen für alle Arten Küchenmöbel: Schränke, Anrichten, Tische und Stühle
Preis 5 Mark
Für Mitglieder des Verbandes 4 Mark, aber nur beim Bezug durch die Verwaltungsstellen
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH. Berlin SO16, Am Köllnisch. Park 2

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2